Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal möchte ich mich für Ihre Email und Ihr Engagement recht herzlich bedanken.

Auslöser für die Diskussion ist der von der Kommission vorgelegte Vorschlag der "VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union im Rahmen eines ausgewogenen Ansatzes sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2002/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates", der dem Europäischen Parlament Ende letzten Jahres übermittelt wurde.

Dieser Vorschlag ist aus mehreren Gründen genau zu hinterfragen, allerdings ist klar zu stellen, dass das Thema Lärmgrenzwerte in dieser Vorlage der Kommission nicht behandelt wird. Das bedeutet dass der Vorschlag keine Lärmpegel festlegen soll. Dies soll weiterhin von anderen Vorschriften abhängen. Folglich ist eine Herauf- bzw. Herabsetzung der Lärmgrenzwerte durch diese Verordnung nicht möglich, da sie sich wie gesagt ausschließlich mit dem Verfahren zum Erlass lärmbedingter Betriebsbeschränkungen befasst.

Ich  teile Ihre Sorgen und Bedenken über den Fluglärm und den damit in Verbindung stehenden Ärger für Anrainer in flughafennahen Gebieten. Die Lärmbelästigung, unabhängig davon ob es zu einer gesundheitlichen Beeinträchtigung kommt oder nicht, ist für Anrainer eine enorme Belastung. Dass die Gesundheit schwerer wiegt als wirtschaftliche Interessen ist meiner Meinung nach selbstverständlich. Es darf nicht sein, dass das Wohl und der Schutz unserer BürgerInnen hinter Wettbewerb und Handel gestellt werden. Wie jedes Mal, wenn es zu einem Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen Interessen und Grundrechten kommt ist es mir ein besonders großes Anliegen, mich für die Bevölkerung stark zu machen und diese zu unterstützen. Keinesfalls dürfen die Interessen und Anliegen der BürgerInnen mutwillig übergangen werden.

Wie oben erwähnt ist dieser Vorschlag der Kommission, unabhängig von Zielwerten, aus mehreren Gründen zu hinterfragen und zu kritisieren. Ich sende Ihnen im Anhang zu Ihrer Information den Berichtsentwurf meines Kollegen Jörg Leichtfried, den er als verantwortlicher Berichterstatter des Europäischen Parlamentes am Dienstag, den 18. September im Transport Ausschuss präsentiert hat. In dem Entwurf hat er Themen wie Gesundheit und Umwelt, Bürgerrechte, regionale Entscheidungsprozesse - wie beispielsweise Mediationsverfahren - mehr Gewicht verliehen. Der Legislativvorschlag der Kommission war unserer Meinung nach viel zu einseitig ausgestaltet. Wirtschaftliche Überlegungen wurden als wichtigste Entscheidungsgrundlage präsentiert, weiters wurden der Kommission weitreichende Rechte eingeräumt die es ermöglichen würden auferlegte Betriebsbeschränken einfach auszusetzen. Diese Ansätze können ich, sowie diverse Kolleginnen und Kollegen im Transportausschuss nicht unterstützen.

Wir hoffen nun auf breite Unterstützung im Parlament, zu einem abschließenden Votum im Plenum wird es dann voraussichtlich im Dezember 2012 kommen.

Ich möchte mich noch einmal, auch im Namen der deutschen SPD-Delegation für Ihr politischen Engagement und Ihren Protest bedanken. Es ist wichtig aufzustehen und seine Interessen zu vertreten, Unmut über politische Vorgänge zu äußern und seine Meinung kund zu tun - davon lebt die Politik.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Kammerevert